

# Wer einmal im Landtag ist, bleibt drin

Bisherige Abgeordnete erringen mit hoher Wahrscheinlichkeit erneut ein Mandat. Schlechter stehen die Wahlchancen bei Stellvertretern.

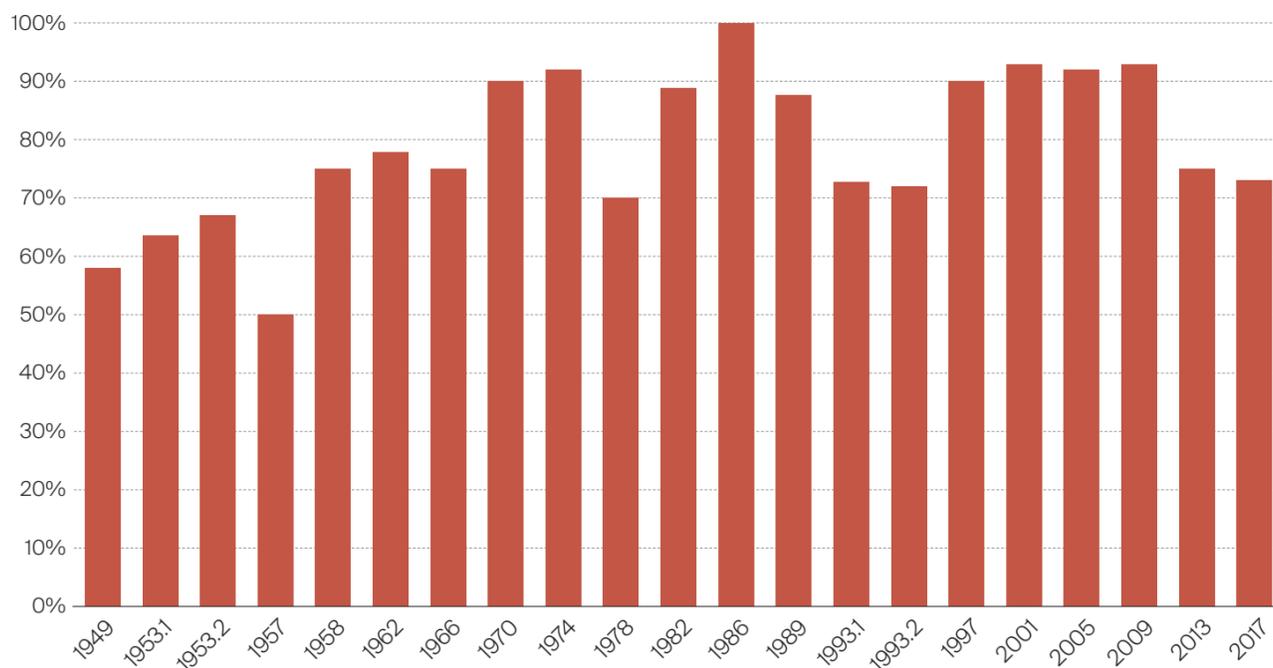
Elias Quaderer

Insgesamt 75 Kandidaten gehen in das Rennen um die Landtagssitze – so viele wie noch nie. Bei 17 Kandidaten handelt es sich um bisherige Landtagsabgeordnete, die erneut versuchen, ein Mandat zu erringen. Ihre Chancen stehen gut, wie Wilfried Marxer, Forschungsleiter im Bereich Politikwissenschaften am Liechtenstein-Institut, aufzeigt. Aus einem Datensatz des Instituts, der die Ergebnisse der Landtagswahlen von 1945 bis 2017 erfasst, geht hervor: 79 Prozent der Landtagsabgeordneten, die erneut kandidierten, erzielten in der darauffolgenden Wahl wieder ein Mandat. Begrenzt man sich auf die Ergebnisse der letzten fünf Landtagswahlen, steigt dieser Wert noch: Rund 85 Prozent der Abgeordneten, die noch einmal ins Rennen gingen, holten sich einen Landtagssitz.

## 53 Prozent der Stellvertreter erzielen kein neues Mandat

Unter den Kandidierenden sind auch einige Personen, die das letzte Mal knapp den Einzug in den Landtag verpassten, aber zumindest ein Ersatzmandat eroberten. Insgesamt drei stellvertretende Abgeordnete lassen sich erneut aufstellen. Allerdings: Die alte Weisheit, dass stellvertretende Abgeordnete in der Regel in der nächs-

Wahlerfolg der wiederkandidierenden Landtagsabgeordneten in Prozent



Quelle: Wilfried Marxer / Liechtenstein-Institut, Grafik: Stefan Aebi

ten Wahl ein volles Mandat erringen, scheint nicht mehr zu gelten. Denn Wilfried Marxer zeigt auf: «Von 35 Personen, die bei den Wahlen von 1986 bis 2017 angetreten sind und in den vorangegangenen Wahlen ein Ersatzmandat errungen haben, haben 7 (20 Prozent) ein Mandat erobert, 8 (23 Prozent)

wieder ein Ersatzmandat errungen und 20 (57 Prozent) haben kein Mandat erzielt.» Somit schaffte die Mehrheit der stellvertretenden Abgeordneten im zweiten Versuch nicht einmal mehr, ihr Ersatzmandat zu behalten.

Mit Blick auf die einzelnen Wahllisten zeigt sich, dass bei

der FBP der Anteil der Wiederkandidierenden am höchsten ist: Von den 20 Kandidaten haben sechs bereits ein Mandat inne. Somit sitzt gut ein Drittel der FBP-Wahlliste bereits im Landtag und hat gemäss dem Datensatz gute Chancen, wiedergewählt zu werden. Die Bürgerpartei verfügt mit Wen-

delin Lampert und Johannes Kaiser auch über jene Kandidaten mit der längsten Parlamentserfahrung: Beide sitzen bereits seit 2001 im Hohen Haus. In einer schwierigeren Ausgangsposition sind die Unabhängigen. Keiner ihrer zwei Landtagsabgeordneten tritt erneut an. Lediglich der stellver-

retende Landtagsabgeordnete Ado Vogt versucht erneut ein Mandat zu erringen.

## Mischung aus Kontinuität und Neuerung

Haben neue Köpfe überhaupt eine Chance, in der Politik Fuss zu fassen? «Ja», sagt Wilfried Marxer. Denn erstens komme es selten vor, dass alle bisherigen Abgeordneten erneut kandidieren. Und zweitens seien in der Regel doch nicht alle, die erneut kandidieren, erfolgreich. «Trotz relativ hoher Wahrscheinlichkeit einer Wiederwahl gibt es keine Garantie für eine erneut erfolgreiche Kandidatur», so der Politikwissenschaftler. Im Datensatz des Liechtenstein-Instituts reiche die Bandbreite von nur 13 Prozent der Mandate, die von neuen Abgeordneten besetzt wurden (Neuwahlen 1989), bis zu 73 Prozent Politikneulinge, die in den Landtag einzogen (Wahlen 1957).

Durchschnittlich sitzen im Landtag 54 Prozent wiedergewählte Abgeordnete und 46 Prozent Neueinzüger. Politikwissenschaftler Wilfried Marxer resümiert: «Es zeigt sich also eine Mischung aus Kontinuität und Neuerung, was die Zusammensetzung des Landtages anbelangt. Das sagt über die Effizienz oder die Qualität der Landtagsarbeit aber noch nichts aus.»

# Arzneimittel im Kampf gegen Covid-19 sind Mangelware

Der Schweizer Bund ist derzeit sehr darum bemüht, Versorgungslücken zu schliessen. Davon kann auch Liechtenstein profitieren.

Ob Blutdrucksenker, Krebsmedikamente, Antibiotika, Impfstoffe oder Mittel, die bei säurebedingten Erkrankungen zum Einsatz kommen: Engpässe bei der Arzneimittelversorgung treten immer wieder auf. Während manche der Präparate nur kurzzeitig nicht verfügbar sind, gibt es andere, die schon seit Monaten bis hin zu über einem Jahr nicht lieferbar sind. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hält klar fest: Die Versorgung mit Medikamenten in der Schweiz kann nicht mehr in allen Fällen sichergestellt werden. Und damit auch in Liechtenstein nicht. Denn im Rahmen des Zollvertrags ist der liechtensteinische Markt in das schweizerische Überwachungsnetz vom schweizerischen Heilmittelinstitut Swissmedic eingebunden.

Die bisher eingeleiteten Massnahmen, um die Sicherheit in der Arzneimittelversorgung wieder herzustellen bzw. zu gewährleisten, zeigen allerdings noch nicht die gewünschte Wirkung. Daher prüft der Schweizer Bund nun zusätzliche Massnahmen gegen Medikamentenengpässe.

## Liechtenstein profitiert von Schweizer Bemühungen

Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL)

teilt auf Anfrage mit, dass der Bund bestrebt sei, mittels Abnahmegarantien zusätzliche Ware durch die Anbieter in die Schweiz zu bringen. «Ausserdem wird fallweise geprüft, ob Arzneimittel, die zwar eine europäische, aber keine Schweizer Zulassung haben, zum Einsatz gelangen dürfen.» Ein entsprechendes Gesuch hierzu wird von Swissmedic erteilt. Damit ein therapeutisch wichtiges Arzneimittel aus dem Ausland befristet in der Schweiz oder Liechtenstein abgegeben werden darf, muss es in der qualitativen und quantitativen Zusammensetzung identisch mit dem in der Schweiz zugelassenen Präparat sein, das nicht lieferbar ist und für das kein gleichwertiges Alternativpräparat zur Verfügung steht. Um die Situation zu verbessern, will der Bund zudem die koordinierte Zusammenarbeit zwischen den involvierten Stellen sowie die länderübergreifende Vorgehensweise stärken. Greifen diese Massnahmen in Zukunft, kann selbstverständlich auch Liechtenstein davon profitieren. Allerdings ist es schon jetzt so, dass das Fürstentum gegenüber der Schweiz keine Nachteile erfährt, was die Arzneimittelversorgung anbelangt – selbst dann nicht, wenn Lieferengpässe bestehen.



Dank der Liefervereinbarung mit einem Schweizer Pharma-Unternehmen ist die Versorgung im Spital in Vaduz mit dem Arzneimittel Veklury sichergestellt. Es wird Covid-19-Patienten verabreicht. Bild: Archiv

Die Ursache für Versorgungsengpässe und -lücken mit Arzneimitteln liegen in erster Linie bei ökonomischen Gesetzmässigkeiten: Die Globalisierung führt mit ihrem ökonomischen Druck zu einer Zentralisierung der Herstellung von einzelnen Arzneistoffen auf wenige Standorte, die sich meist in China oder Indien befinden. Ausfälle oder Qualitätsprobleme wirken sich in den Her-

lungsketten demnach weltweit aus und bleiben nicht lokal beschränkt. Auch sind Nachfrageschwankungen insbesondere bei Impfstoffen enorm hoch, weshalb diese oft von Lieferengpässen betroffen sind.

## Versorgung im Landesspital ist aktuell sichergestellt

Im Rahmen der Sicherstellung der Versorgung und Verteilung von Arzneimitteln haben der-

zeit vor allem jene lebenswichtigen Medikamente Priorität, die im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie benötigt werden. Da diese Präparate gemäss dem BWL allerdings weltweit Mangelware sind, sind auch den Bemühungen des Bundes Grenzen gesetzt.

Ein Beispiel ist das Arzneimittel Veklury mit dem Wirkstoff Remdesivir, das zur Behandlung von Covid-19-Patien-

ten in den Spitälern zum Einsatz kommt. Bis jetzt konnte die Schweiz mit Restbeständen aus verschiedenen klinischen Studien versorgt werden. Diese sind nun jedoch aufgebraucht. Um weiterhin eine angemessene Versorgung der Patienten mit Arzneimitteln zu gewährleisten, hat der Bund vor Kurzem eine Liefervereinbarung mit dem Schweizer Pharma-Unternehmen Gilead Sciences hinsichtlich einer regelmässigen Lieferung von Remdesivir abgeschlossen. Auch im Landesspital in Vaduz kommt Veklury zum Einsatz. «Es wird nach den aktuell geltenden Richtlinien des BAG, und nach entsprechender individueller Prüfung von Indikation und Kontraindikation, auch im Landesspital zur Behandlung von an Covid-19 erkrankten Patienten eingesetzt», bestätigt Tomas Karajan, ärztlicher Direktor des Landesspitals. Die Verteilung des Medikaments wird dabei an zentraler Stelle über das BAG koordiniert und im Bedarfsfall jeweils entsprechend vom Landesspital beantragt. Wie Karajan erklärt, sei die Versorgung und ein damit verbundener zeitgerechter Therapiebeginn aktuell sichergestellt.

Julia Kaufmann